

Dresdener Nachrichten

Gegründet 1856

Druckort: Dresden.
Herausgeber: Hermann
Kunze, Dresden, Poststr. 10.
Telefon: 25241.
Abonnement: 20011.

Bezugs-Gebühr
Anzeigen-Preise.

Derzeitige Preis für den Abnehmer 1,20 M. monatlich 3,60 M. vierteljährlich 10,80 M. halbjährlich 21,60 M. jährlich 43,20 M. (einschließlich Porto).
Die Anzeigen sind zu belegen mit 100 W. pro Zeile und 10 W. pro Spalte. Die Anzeigen sind zu belegen mit 100 W. pro Zeile und 10 W. pro Spalte. Die Anzeigen sind zu belegen mit 100 W. pro Zeile und 10 W. pro Spalte.

Schriftleitung und Hausverwalter:
Herrmann Kunze, Dresden,
Poststr. 10.
Telefon: 25241.

Die Antwort des Verbandes.

Der Vorlauf der Note.

Berlin, 26. Dez. Der Vorsitzende der Friedenskonferenz in Paris hat der Deutschen Delegation folgende Antwort auf unsere Note vom 14. Dezember gegeben:

Herr Präsident! 1. Die Alliierten und Assoziierten Mächte haben von Ihrem Schreiben vom 14. d. M. Kenntnis genommen. Sie haben mit Genehmigung festgestellt, daß die Deutsche Regierung ihre Ansicht teilt, wonach alle Bestimmungen des Vertrages vom Zeitpunkt seiner Anwendung sind, als ob die Ratifikation der Regierung der Vereinigten Staaten vorliegt oder nicht. Sie nehmen Akt davon, daß die Deutsche Regierung den Vertrag anerkennt, wonach sie sich ebensowenig wie einer der übrigen haben vertraglich bindenden Teile auf

die Nichtteilnahme der Vereinigten Staaten an der ersten Unterzeichnung der Ratifikationsurkunden berufen kann, um irgend eine Bestimmung des Vertrages in Frage zu stellen. In der Tat würden alle Ansprüche oder Vorbehalte in dieser Hinsicht mit dem im Vertrage selbst deutlich zum Ausdruck gebrachten Absichten im Widerspruch stehen.

2. Was die Sicherungsmittel betrifft, von deren Anwendung die Alliierten und Assoziierten Mächte hoffen, absehen zu können, so möchten die Mächte feststellen, daß die Deutsche Regierung hinreichend davon unterrichtet ist, daß, wenn sich der endgültigen Wiederherstellung des Friedenszustandes die Anwendung von Sicherungsmitteln, wie sie der Vertrag mit sich bringt, ihr entgegensteht, werden die im Vertrage vorgesehenen besonderen Maßnahmen sowie die vom Völkerrecht anerkannten verschiedenen Befahrensarten genau Anwendung finden werden.

Entschädigung für die Versenkung der deutschen Kriegsschiffe

In Scapa Flow besteht, sind die Alliierten und Assoziierten Mächte nach Prüfung der Angelegenheit der Ansicht, daß sie auf der Unterzeichnung des Protokolls, so wie es ist, bestehen müssen.

4. Das Verfahren zum Zwecke der Wahrung der wirtschaftlichen Lebensinteressen Deutschlands ist in der Note der Alliierten und Assoziierten Mächte vom 8. Dezember 1919 dargelegt worden, worin deutlich gesagt ist, daß die Alliierten und Assoziierten Mächte bereit sind, ihre auf Herausgabe von 100.000 Tonnen Schwimmdocks, Sumpfräusen, Schuppen und Kajüten lautende Forderung zu ermäßigen, falls hinreichende Gründe eine solche Ermäßigung rechtfertigen.

5. Andererseits haben die Alliierten und Assoziierten Mächte Kenntnis davon erhalten, daß kürzlich gewisse Schwimmdocks, Sumpfräusen und Bagager verkauft worden sind. Sie weisen darauf hin, daß bei Berücksichtigung der wirtschaftlichen Lage, wie sie von der Deutschen Delegation dargestellt wird, kein derartiger Verkauf von den Alliierten und Assoziierten Mächten anerkannt werden wird, der vorgenommen worden ist in der Zeit zwischen dem 3. November 1919, dem Tage der ersten Mitteilung des Wortlauts des Protokolls an die Deutsche Regierung, und dem Tage, an dem Deutschland die Entschädigung für den Ausfall von Scapa Flow geleistet haben wird.

6. Die deutschen Delegierten haben mündlich den Antrag gestellt, von der Auslieferung der in dem Protokoll erwähnten

fünf kleinen Kreuzer

abzusehen; sie haben vorgeschlagen, dafür fünf der zurzeit auf den deutschen Werken im Bau befindlichen kleinen Kreuzer nach Maßgabe ihrer Fertigstellung zu liefern. Dieses Verlangen ist in der deutschen Note vom 14. Dezember 1919 nicht enthalten. Die Artikel des Protokolls müssen angenommen werden, so wie sie sind. Jede Abänderung würde mit den Bestimmungen des Friedensvertrages im Widerspruch stehen.

7. Die alliierten und assoziierten Mächte sind bereit, sobald nach der Unterzeichnung des Protokolls die aus Anlaß des Zwischenfalls von Scapa Flow internierten deutschen Offiziere und Mannschaften frei zu lassen, mit Ausnahme derjenigen, die etwa eines Kriegsverbrechens beschuldigt werden. (W. I. B.)

Freiherr von Versner über die Note.

Paris, 26. Dez. In einer Unterredung mit dem Vertreter des Neuter-Bureaus und der amerikanischen Associated Press erklärte Freiherr v. Versner:

Ich brauche nicht zu betonen, daß der Vorwurf, der in manchen französischen Zeitungen gegen die deutsche Regierung erhoben worden ist, als ob sie die Inkraftsetzung des Friedensvertrages verweigern wolle, jeder Begründung entbehrt. Wir wünschen nichts mehr, als die Wiederherstellung des Friedens, der uns auch die Heimkehr der in Frankreich befindlichen Kriegsgefangenen bringen wird. Die Tatsache, daß Herr von Simon schon am Sonntag vormittag in Paris angekommen ist, um die Verhandlungen zur Inkraftsetzung des Versailler Vertrages einzuleiten, spricht besser als alles andere die Annahme Plagen, daß wir die Pflicht gehabt hätten, die Verhandlungen hinauszuschieben.

In Anbetracht der hochwichtigen Frage, um die es sich hier handelt, habe ich durchaus loyal bei meiner Unterredung mit Herrn Dutailly darauf hingewiesen, daß, zumal bei der Störung der telegraphischen Verbindung, möglicherweise eine persönliche Vertretung sich als notwendig erweisen würde. Ich habe

dies vor allem deshalb gesagt, um von vornherein allen möglichen Mißverständnissen vorzubeugen. Ueber den

Inhalt der Note Clemenceaus

vom 22. Dezember war ich allerdings erkrankt, weil sie so wenig mit dem Gange der Verhandlungen unserer bisherigen Schiffsfahrtsverhandlungen in Einklang zu bringen war. Unsere Bereitwilligkeit, das Material anzuliefern, was wir entbehren können, ist eine baldige Einleitung über den zu leistenden Betrag in nahe Aussicht zu stellen. Unsere Sachverständigen sind aber seit dem letzten Mittwoch, also seit acht Tagen, zu keiner weiteren Sitzung gekommen. Die Entente macht nach den mündlichen Erklärungen des Sekretärs Dutailly eine Verabstimmung ihrer Forderungen davon abhängig, daß sich ihre Erträge an Öl und Zelle davon absetzen, daß die bisherigen Schätzungen der Entente über das deutsche Material tatsächlich durch Irrtümer beeinflusst waren. Ich habe keinen Zweifel, daß meine Regierung bereit sein wird, für die von der Entente erbetenen Erleichterungen für diese Bedürfnisse zu gewähren. Ich hoffe, daß unsere Erwartungen erfüllt werden und der Frieden endlich in Kraft gesetzt wird.

Paris, 26. Dez. Dr. Brice sagt im „Journal“ zu den Forderungen des Reiches v. Versner: Versner kündigt die Unterzeichnung des Protokolls nicht an. Außerdem ist dies die einzige Angelegenheit, die Frankreich interessiert, und die einzige, die Deutschland entzogen ist. (W. I. B.)

Die Richtigkeit der deutschen Angaben.

Berlin, 26. Dez. Von zutreffender Stelle wird W. I. B. mitgeteilt: Die französische Presse von gestern weigert sich die Entscheidung der Alliierten in der Note über die Scapa-Flow-Frage und die dadurch herbeigeführte Verhinderung der Ratifikation des Friedens darauf zurückzuführen, daß die Angaben der deutschen Regierung und der Technischen Kommission über das vorhandene Material nicht der Wahrheit entsprechen hätten. Demgegenüber muß folgendes festgestellt werden:

1. Die deutsche Technische Kommission hat bei Beginn der mündlichen Verhandlungen der Alliierten im Namen der deutschen Regierung eine von dieser geleistete gedruckte Nachweisung des vorhandenen Material überreicht.

2. Bei den mündlichen Beratungen zwischen deutschen und alliierten Delegierten wurde für Irrtümer und Auslassungen der deutschen Nachweisung ein Spielraum von 5 Prozent vereinbart.

3. Verträge von Tods an das Ausland sind seit dem 2. November 1919 (dem Tage der Unterzeichnung der Note der Alliierten) den Alliierten nicht erfolgt; dies wurde der alliierten Kommission durch die deutschen Delegierten mitgeteilt.

4. Bei den mündlichen Beratungen am 17. Dezember erklärten die alliierten Delegierten, daß nach ihnen in gegenseitigen Absprache mit dem in der deutschen Nachweisung verzeichneten Material in Danzaburg ein 8000-Tonnen-Dock und in Danzig zwei Docks von zusammen 10000 Tonnen vorhanden sein müßten. Demgegenüber gab der Vorsitzende der deutschen Delegation, Geheimrat Seeliger, die Erklärung ab, daß diese Docks nicht existieren und nie existiert hätten. Er stellte jedoch den Alliierten anheim, sofort telegraphisch einen Offizier zu beauftragen in Danzig und Hamburg Grundangaben einzuschicken. Hieraus erwiderte der Vorsitzende der alliierten Kommission, Minister Vandenberg, daß die Alliierten die vom deutschen Vorsitzenden gemachten Angaben als richtig annehmen. Er fügte dabei hinzu, daß wenn sich später eventuell Irrtümer herausstellen sollten, diese natürlich berücksichtigt werden müßten.

Ansehts dieser Tatsache kann nicht davon die Rede sein, daß die deutsche Regierung den Verband des Materialmaterials tatsächlich angehe, dadurch die ratifizierte Erklärung der Scapa-Flow-Kommission verweigert und damit die Inkraftsetzung des Friedens hinausgeschoben hätte. (W. I. B.)

Die deutsch-schweizerischen Wirtschafts-Verhandlungen.

Berlin, 26. Dez. Schweizerische Blätter haben gemeldet, die deutsche Delegation für die Verhandlungen zur Einräumung des deutsch-schweizerischen Wirtschaftsvertrages sei zur Einholung näherer Aufschlüsse nach Berlin verkehrt. Inzwischen sei die Kohlenzentrale in Basel unverzüglich in Verhandlung mit Deutschland eingetreten, um die Lieferung von Rohstoffen und Kohlen für die schweizerischen Gasanstalten sicherzustellen.

Wie das W. I. B. hierzu erklärt, haben die Verhandlungen mit der Kohlenzentrale in Basel ununterbrochen werden müssen, da die beiderseitigen Auffassungen über die Kohlenpreise zu weit auseinander gingen. Deutscherseits ist der Schweiz als angemessener Preis der Weltmarktpreis der Kohle vorgeschlagen worden. Bei anderen Gelegenheiten hat sich das Ausland und gerade auch die Schweiz mit Recht sehr darüber beklagt, daß wir uns nicht genügend um den Weltmarktpreis kümmern und unsere Waren zu billig auf den dortigen Markt werfen. Sie hat bekanntlich aus diesem Grunde erst jüngst ein Einfuhrverbot auf Rohöl erlassen. Es wäre natürlich völlig ausgeschlossen, daß wir dem üblichen neutralen Ausland die Kohlen zu Weltmarktpreisen liefern, wenn wir sie der Schweiz zu einem billigeren Preise abgeben. Wie die Dinge liegen, dürfen leider die Hoffnungen, zu selber Verklärung unseres bisherigen Wirtschaftskennens mit den durch die Weltmarktpreise der Kohle sich zurzeit als notwendig erweisenden Forderungen der Kohlenpreise zu gelangen, nur sehr gering sein.

Die Werbungen unter den deutschen Gefangenen.

Eine schweizerische Verbalnote.

Berlin, 26. Dez. Die der hiesigen schweizerischen Gesandtschaft in einer Verbalnote mitgeteilt worden ist, daß die deutsche Regierung folgende Einzelheiten über die Werbungen für die deutsche Armee unter den deutschen Kriegsgefangenen aus den östlichen Anhaltungsgebieten in englischen und französischen Gefangenenlagern bekannt gemacht hat:

Zunächst wurden die Werbungen in der Weise betrieben, daß denjenigen, die sich umwerben lassen würden, ein früherer Anzeigebogen in Aussicht gestellt wurde. Dies nicht den gewünschten Erfolg zeitigte, reichten politische Leiter, sowie eine Kommission in den Vereinigten Staaten Bescheid, die Deutschen müßten

nach 25 Jahre als Kriegsgefangene in Frankreich bleiben; wer aber für Polen kommen wolle, werde schon jetzt über Danzig durch Polen nach der Grenze beordert werden, um dort in die Heimat entsandt zu werden, wobei Deutschland von der Entente selbst sei. Dabei wurde von den politischen Offizieren behauptet, die Kriegsgefangenen aus den östlichen Anhaltungsgebieten müßten Deutschland selbst sofort in Gefangenenlager verbracht werden, falls sie von den deutschen Reichswehr vollständig vernichtet, die Häuser zerstört und verbrannt.

Franzen und Kinder ermorde werden.

Die östlichen Kriegsgefangenen, die sich daraufhin bereit erklärten, für Polen zu kämpfen, wurden einem entsprechenden Verpflichtungsbuch unterzeichnet. Hierbei wurde jedoch, ohne daß sie es wußten, die unter dem Namen des belgischen Unterhaupts durch ein dänischer geheimer Botschafter an einen weiteren Staat übergeben, worin sie sich zum Eintritt in die belgische Armee verpflichteten.

Das Auswärtige Amt hat die hiesige Gesandtschaft gebeten, das Vorstehende durch Vermittlung der schweizerischen Behörden in London, Paris und Bern an unter nachdrücklich zu erneuern, um die in der Angelegenheit bereits erbetenen Einwirkungen und Vorkehrungen und mit dem Grund der Anerkennung zur Kenntnis der britischen, der französischen und der polnischen Regierung bringen und die Annahme dieser Werbungen möglichst bald wieder zu unterbrechen. (W. I. B.)

Reichsminister Müller über die Gefangenen.

Berlin, 26. Dez. Bei einer Rede über Fragen der auswärtigen Politik mit einem Vertreter der „Frankfurter Zeitung“ machte der Reichsminister des Auswärtigen, Herrmann Müller, u. a. folgende Bemerkungen:

Wir sind bereit, jeden Tag hunderttausend in Deutschland festgehaltenen russischen Kriegsgefangenen herauszugeben. Wenn das bisher nicht geschehen ist, so entspricht das nicht aus tauter Rücksicht, sondern lediglich aus äußeren Hindernissen. Im Hinblick auf keine Werbungen vorhanden, die von uns anerkannt ist. Wenn wir die in diesen Gefangenen eine weitere Frei- und Gehalt die Gewinne, die die Armee Duménil als Maßstab gegen Sowjet-Rußland einsetzen werden. Das wurde uns Bescheid und auch reichliche Kenntnisse der Moskauer Regierung zuziehen. Anzeichen in eine neue Wendung für die

Deutschen Kriegsgefangenen in Ankauf

dadurch eingetreten, daß durch die Niederlage Müllers wiederum viele Tausende deutscher Soldaten und Offiziere in den Machtbereich der Sowjet-Russland gekommen sind. Durch die Erklärung der Entente, daß wenn die Tschekoslawaken und die Polen antransportiert sein müßten, bevor der Abtransport der Deutschen aus Sibirien beginnen könnte, bezieht leider keine Hoffnung mehr, daß wir unsere Vorgesetzten in hohem Maße Zeit auf dem Seewege zurückzuführen. Nur der Landweg bleibt, und wir haben den aufrichtigen und dringenden Wunsch, um so bald wie möglich frei zu werden. Die deutsche Regierung glaubt nicht, daß die Sowjet-Russland dabei Zerstörungen bereiten wird, obwohl sie sich nicht verbietet, daß deren Stimmung gegen Deutschland unruhig geworden ist seit dem Austritt der kommunistischen und reaktionären Kräfte in Deutschland. Dann kann wesentlich mit beitragen die

Erklärung des Reichs Anstöß.

Die dieser einem Mitarbeiter der „Frankfurter Zeitung“ von Reichsminister Müller mitgeteilt hat. Ich habe nicht an, so erklärte der Minister mit aller Bestimmtheit, diese Angelegenheit, mit welchen Behauptungen überlebende Darstellungen als eine bedauerliche Tatsache zu bezeichnen. Die deutsche Regierung hat nicht dazu beigetragen, und ihr ist nicht davon bekannt, daß der Armee des Herrn Anstöß „mit großer Aufrichtigkeit und liebenswürdiger Gastfreundschaft“ bezeugt worden sei oder daß sie „mit allem Komfort“ untergebracht worden ist. Auf Befehl der Entente hat sie in einem deutschen Gefangenenlager interniert werden müssen, und die deutsche Regierung hat das größte Interesse, daß Herr Anstöß mit seinen Gefangenen so schnell wie möglich wieder aus Deutschland verschwindet. Bedauerlich ist nur, daß Herr Anstöß ein Verbrechen begangen hat, die Anstöß-Armee aus Deutschland ohne neue Kompensationen abtransportieren.

Aber ich gebe die Hoffnung nicht auf, daß sie durch die Vermittlung des Neuter-Arenzes eine Möglichkeit finden wird, um alle in Deutschland zurückgebliebenen russischen Kriegsgefangenen in ihre Heimat zu befördern und dafür die deutschen Kriegsgefangenen aus Ankauf zurückzuführen. Die Verhandlungen sind allerdings infolge nicht ganz einfach, als die Moskauer Regierung keine Rücksicht auf den Weltmarktpreis der Kohlen zu nehmen unterhält. Der Landweg ist aber frei für den russischen Gefangenen Austausch, und ich nehme nicht an, daß die englischen und französischen Kontrollkommissionen im Baltikum ihnen erhebliche Schwierigkeiten bereiten könnten.

Es ist zu erwarten, dass die amerikanische Regierung bei unseren Anträgen, das Post dieser Länder besser zu gewährleisten und der allgemeinen Menschlichkeit zu dienen." (28. T. 2.)

Die Lage der russischen Gefangenen in Deutschland
 Berlin, 26. Dez. Durch Agence Radio wird in der alliierten und neutralen Presse von Bern aus eine Nachricht über die unangenehme Lage der russischen Kriegsgefangenen in Deutschland und Österreich verbreitet, welche einer Klärung bedarf. Außer den vor dem Pressekongress Frieden gemachten Gefangenen befinden sich nur etwa 500 Gefangene aus den Kämpfen im Baltikum und eine nicht genau feststehende Zahl von Flüchtlingen aus der Armee Skowabdi in Deutschland. Weitere wurden nur, zum Teil auf ihren Wunsch, in Papern interniert. Seit über Jahresfrist wird kein russischer Gefangener zur Arbeit gezwungen. Jeder erhält bei freiwilliger Arbeit den gleichen Lohn wie deutsche Arbeiter. Nur ein Drittel befindet sich daher in den Lagern. In den deutschen Lagern befinden sich überhaupt keine Frauen und Kinder. Wenn der Gewährungsamt Mächtigkeiten gesehen hat, die kein Unterkommen haben, so findet dafür das internationale Komitee ein dankbares Feld der Tätigkeit. Im übrigen ist auch allen Mächtigkeiten Gelegenheit gegeben, Arbeiten in der Volkswirtschaft zu übernehmen. Zum Teil beziehen die Mächtigkeiten Unterkünfte. Das im übrigen die Flüchtlinge aus anderen Lagern nach Deutschland drängen, das ihnen gegenüber den russischen Behörden wie ein Paradies erscheint, spricht für sich bereits genug. Die deutsche Regierung würde es im übrigen dankbar begrüßen, wenn das internationale Komitee baldmöglichst die Rückführung sämtlicher russischen Kriegsgefangenen, insbesondere auch auf dem Landwege, vermitteln könnte. (28. T. 2.)

Die Regierung und die Gastwirte.

Drohmelddung unserer Berliner Schriftsteller
 Berlin, 26. Dez. Die letzten Tage haben noch keine Verhandlung zwischen der Regierung und den Lebensmittelbehörden einerseits und den Gastwirten auf der anderen Seite gebracht. Es ist nun der Plan gefasst worden, eine Belieferung der Hotels und Speisewirtschaften zunächst in Groß-Berlin, dann aber für das ganze Reich mit Auslandslebensmitteln zu organisieren. Es haben sich bereits amerikanische, französische und holländische Firmen bereit erklärt, Fleisch, Kommeren, Milch usw. auf Kredit nach Deutschland zu liefern. Die Verteilung dieser Lebensmittel würde unter Aufsicht der amtlichen Stellen durch eine zentrale Gastwirtsorganisation stattfinden. In den nächsten Tagen werden deswegen mit der Regierung neue Besprechungen stattfinden. Sollte das Projekt nicht zustande kommen, so wäre mit einer Schließung der Hotels und Gaststätten in ganz Deutschland Mitte Januar zu rechnen.

Die Berliner Gastwirtsangestellten drohen mit Streik.

Drohmelddung unserer Berliner Schriftsteller
 Berlin, 26. Dez. Wie im Vorjahre, so droht auch diesmal wieder am Jahresende ein Streik der Gastwirtsangestellten in Groß-Berlin. Es schweben seit einigen Tagen Ideen zwischen Arbeitnehmern und Arbeitgebern Verhandlungen über den Tarif für das kommende Jahr, da die alten Verträge am 31. Dezember ablaufen. Die Kellner, Küchenbedienten und Hotelangestellten fordern im Durchschnitt 5 Prozent Aufschlag zu den jetzt bestehenden Löhnen. Wegen dieser Forderungen der Kellner erklären namentlich die Besitzer der Bierlokale und Kaffeehäuser, dass eine neue Belastung der Betriebe zum Zusammenbruch der mittleren und kleinen Lokale führen würde. Die Stimmung unter den Gastwirtsangestellten ist im Augenblick sehr erregt. Es war bereits der Vorschlag gemacht worden, während der Weihnachtstagsfeier in den Streik zu treten, um einen Druck auf die Gastwirte auszuüben. Dieser Vorschlag kam jedoch nicht zur Ausführung, da er einen offenen Vertragsbruch bedeuert hätte. Die Gastwirte hoffen, dass man sich über den Streit am Silvesterabend verständigen wird, doch ist ein Nachgeben von Seiten der Arbeitgeber diesmal nicht sehr wahrscheinlich, weil die Gastwirte damit rechnen, dass im Januar sowieso eine längere Schließung der Lokale und Hotels zu erwarten ist.

Disziplinargerichte für das Meer.

Wie der "Politischen Information" mitgeteilt wird, befindet sich ein Gesetzentwurf in Vorbereitung, der die Schaffung von allgemeinen Disziplinargerichten für das Meer vorsieht. Diese sollen für Offiziere, Unteroffiziere und Mannschaften zuständig sein. Bei den neuen Gerichten ist die Mitwirkung richterlicher Beamten und Militärpersonen vorgesehen. Die Dienststellung von Angehörigen der Mannschaften der Besatzungen zu den Verbänden, die Aufsicht von Befehlshabern gegen die Verletzung der Disziplinargerichte an ein vereintes Disziplinargericht, das eine endgültige Entscheidung zu fällen hat, ist in Aussicht genommen. Die Vorlage soll in nächster Zeit dem Reichsrat und der Nationalversammlung zur Beschließung zugehen.

Kunst und Wissenschaft.

† **Dresdener Theaterspielplan für heute.** Opernhaus: "Barbirella" (5); Schauspielhaus: "Die Schwalbe" (12), "Meister Lampe" (7); Albert-Theater: "Die sieben Raben" (13), "Die Dombauer" (7); Kammerspiels-Theater: "In Waldmännlein's Reich" (13), "Katinia" (7); Central-Theater: "Die Puppe" (13), "Die Frau im Dornbusch" (7).
 † **Spielplan des Heldens-Theaters** vom 28. Dezember 1919 bis mit 3. Januar 1920. Jeden Nachmittag: "In Waldmännlein's Reich". Abends: Sonntag (128): "Das Dreimäderlhaus". Montag bis Sonnabend: "Katinia".
 † **Spielplan des Zentral-Theaters** vom 29. Dezember bis 4. Januar. Abends: "Die Frau im Dornbusch". Donnerstags und Sonntags nachmittags: "Die Puppe".
 † **Opernhaus.** Um eine Doppelbesetzung zu haben, sieht man Lauber den Rudolf in "Hohle" singen. Die Partie liegt außerhalb seines "Nahbereichs", er hat nicht die natürliche, warme, strahlende Höhe dazu. Gleich anderen deutschen Tenören will er sich mit Transponieren (in der Romantische), mit Punktieren, mit Textumstellungen auf der Bühne betätigen, mit Falschieren. Er macht das alles ganz gekickt, singt musikalisch wie immer, spielt sympathisch. Aber das Richtige ist's nicht, wenn auch ein milder anprüdelndes Publikum und stilles Publikum sich damit zufrieden abläßt, wie der freundliche Beifall getrennt zeigte. E. S.
 † **Heldens-Theater.** "Katinia" schreitet zu den Klängen von Supp's Musik wieder über die Bretter. Der Leutnant Wladimir, der in Mädchenkleidern seinen hässlichen General in sich verliebt macht und dadurch dessen Mädel zur Waise gewinnt, ist so ein hässlicher der Mädel des Hofmannsbalschen Rosenkavaliers. Und die Musik von Supp braucht keinen modernen Vergleich zu haben. Sie flucht, von ein paar derberen Marchenmelodien abgesehen, leicht und elegant dahin, ist im Orchester wie in den hübschen Entenspielen sauber und fein gearbeitet, unterhält die Handlung mit humorvoller Charakteristik, kurz, kommt dem Ideal einer künstlerischen Operettensinfonie am nächsten. So ist es auch bei der letzten Aufführung, wo die Ensemble der Operette hervorgehoben; insbesondere die Ensemble wurden, obwohl eigentlich größere Stimmen dazu gehörten, sehr hübsch abgetunt gelungen. Für den

Eine Kammerrede Clemenceaus.

Paris, 26. Dez. Kurz vor Schluß der letzten Kammer-Sitzung ergriß auf eine Anfrage des sozialistischen Abgeordneten Marcel Cachin Ministerpräsident Clemenceau das Wort und sagte, es sei ihm unmöglich, von militärischen Garantien zu sprechen, denn er habe keine verlangt. Sie seien ihm von Lord George und Wilson angeboten worden und er glaube nicht, daß sie in Frage gestellt werden könnten. Er sei nach London gegangen, um die Orientfrage zu besprechen und er glaube nicht, seine Zeit vergeudet zu haben. In England sei die Atmosphäre für Frankreich so freundlich, wie man wünschen könne. Lord George habe ihm gesagt, beide Länder müßten sich so eng miteinander verbunden haben, wie niemals, und er glaube, nicht gegen die Tradition zu verstoßen, wenn er sagte, daß eine noch höher liegende Persönlichkeit als Lord George ihm das wiederholt habe. Lord George habe ihm ferner erklärt:

"Wenn wir uns verständigen, ist kein Krieg in Europa mehr möglich."
 Er habe ihm darauf geantwortet: "Nach dieser Richtung können Sie, was auch kommen möge, auf ganz Frankreich zählen."

Über die finanzielle Frage wolle er sich jetzt nicht aussprechen, da die Verhandlungen noch nicht beendet seien. Für Polen habe er in London die Anerkennung seiner Rechte auf Galizien, die man nur auf 5 Jahre hätte bewilligen wollen, für dauernd erlangt. Lord George habe endlich eingesehen, daß ein besonderes Interesse bestehe,

um Deutschland einen starken Ring zu legen.

Clemenceau habe nunmehr der Friedenskonferenz in Bezug auf Ungarn eine neue Formel unterbreitet. Auch von Konstantinopel habe man gesprochen. Aber hier sei noch nichts entschieden. Im Augenblick werde darüber in London verhandelt. Er glaube, daß Lord George im Januar den Besuch, den er in London gemacht habe, in Paris erwidern werde.

Barthelemy wünschte noch Auskunft über Rußland. Clemenceau erklärte: "Ich habe Ihnen nichts von Rußland gesagt, weil wir in London nicht davon gesprochen haben." Man werde nicht nur keinen Frieden machen, sondern auch

nicht mit der Sowjetregierung verhandeln.

(Die Kammer klappt Reißend; der Sozialist Barthelemy ruft dagegen: Wir sind also im Krieg!) Clemenceau antwortete: "Die Sowjetregierung ist die grauamste und barbarischste, die jemals ein Gebiet der Welt verwaltet hat. Nach der Diktatur eines einzelnen kommt jetzt die Diktatur der Mäde, die sich selbst ernennen. Was nennt man die Diktatur des Volkes. Diesen Grundgedanken werde niemals eine französische Kammer annehmen." Der Sozialist Barthelemy antwortete: "Sie haben dem Jaren angelächelt!" Clemenceau erwiderte: "Niemals! Ich habe ihn sogar mit meiner Feder oft bekämpft!"

Rußland hat einen Separatfrieden geschlossen und wird auch die Folgen davon tragen müssen. England und Frankreich haben große Anstrengungen für Rußland gemacht. Die beiden Regierungen hätten gehofft, daß entschlossene patriotische Männer ihr unatlantisches Vaterland besetzen könnten. Man dürfe nicht mehr hoffen; so lange in Rußland die Anarchie herrsche, gebe es keinen sicheren Frieden in Europa. Man müsse das bolschewistische Rußland verhindern, sich auf Europa zu stützen. Man müsse um Rußland einen Stachelzahn ziehen. Vor allen Dingen müsse man Deutschland verhindern, dieses unglückliche Land zu kolonisieren. Polen halte hier aufmerksamen Wacht, und wir helfen ihm. Sein Heer zählt jetzt 400.000 Mann, und es gibt auch 150.000 tschechoslowakische Soldaten. Wir zählen auch auf Rumänien und auf die Südslawen.

Nach drei Wochen endgültige Demission?

Ministerpräsident Clemenceau kündete am 26. Dezember, daß sein Ministerium noch drei Wochen zu leben habe. Wenn die Wahlen beendet sein würden, dann würde er sein Mandat in die Hände des Präsidenten der Republik legen, das werde aber diesmal eine endgültige Demission sein.

Die Auslieferungsfrage.

Paris, 26. Dez. Der politische Direktor im französischen Ministerium des Auswärtigen Verthelet ist von seiner Reise nach London, die der Regelung der türkischen Friedensfrage galt, nach Paris zurückgekehrt. Auch der Unterstaatssekretär für Militärjura im Kriegsministerium, Janace ist von London in Paris wieder eingetroffen. Er hat in London über die Auslieferung der Deutschen, die der Friedensvertrag von Versailles vorsieht, verhandelt. Am 6. Januar sollen die Beratungen in Paris fortgesetzt und alsdann endgültige Beschlüsse gefaßt werden.

Italien und Ägypten.

Nizza, 26. Dez. Journal de Genove" meldet, daß die italienische Regierung der italienischen Regierung für die Anerkennung der italienischen Besitztümer in Ägypten einen Gebietsausgleich an der Westgrenze Ägyptens angeboten habe. (28. T. 2.)

Vertikales und Sächsisches.

Sachen gegen den deutschen Ausverkauf.

Ein Mitglied der Redaktion der „Deutsh. Na. Bla.“ hatte Gelegenheit, vom sächsischen Wirtschaftsministerium über die Stellungnahme der sächsischen Regierung gegen den drohenden deutschen Ausverkauf folgende Mitteilungen zu erhalten:
 Die sächsische Regierung hält Maßnahmen gegen den deutschen wirtschaftlichen Ausverkauf für langem für notwendig und hat bereits vor Monaten entsprechende Anträge bei der Reichsregierung gestellt. Da Sachsen ein Land mit ausgeprägter Exportindustrie ist, hat es an einer schnellen und durchgreifenden Bekämpfung der Warenverschleuderung ins Ausland naturgemäß das größte Interesse. Es bedarf einschneidender Maßnahmen, um den durch den Ausverkauf drohenden großen Gefahren vorzubeugen. Dem Entwurf der Reichsregierung gegen die Auswanderung Deutschlands, der sich im wesentlichen auf die Wirkung der Selbstverwaltungsorgane der beteiligten Wirtschaftskreise aufbaut, findet nicht den vollen Beifall der sächsischen Regierung, da man von den beabsichtigten Zwangsmaßnahmen ein Uebermaß an Organisationsmaßnahmen und eine nicht zu ertragende Beschränkung der Exportindustrie befürchtet, gegen die diese über kurz oder lang wieder Sturm laufen wird. Insbesondere wünscht die sächsische Regierung eine möglichst Dezentralisierung der von der Reichsregierung vorgezeichneten Stellen zur Ueberwachung des Außenhandels (Außenhandelsstellen), damit nicht alle diese Stellen in Berlin konzentriert werden, sondern die Länder gemäß der Bedeutung ihrer Industrie bei der Errichtung der Außenhandelsstellen entsprechende Berücksichtigung erfahren. Auch die Reichsbevollmächtigten der in den Ländern zu errichtenden Außenhandelsstellen und ihre Stellvertreter müßten möglichst von den betreffenden Landesregierungen gestellt und jedenfalls nur im Einvernehmen mit ihnen ernannt werden.

Außenhandelsstellen mit dem Sitz in Sachsen können in erster Linie für folgende Industrien in Betracht: Rauchwaren und Porzellan (hierfür bestehen bereits Außenhandelsstellen in Leipzig, die dort gelassen werden), Maschinen- und Tabakverarbeitungsindustrie, die in Dresden ihren Hauptsitz hat und daher den Sitz der Außenhandelsstelle für Dresden beanprucht, die Garbinden- und Wirkwarenindustrie (im Chemnitzbezirk befinden sich über 75 Prozent der Wirkwarenfabriken des Reiches), das graphische Gewerbe, das in Leipzig konzentriert ist, die Blumen- und Federnindustrie, die in Dresden, Chemnitz und Leipzig ihren Sitz hat und die Außenhandelsstelle zunächst in Dresden mit Nebenstellen in Chemnitz und Leipzig erbiete, die Textilmaschinenindustrie, mit Chemnitz als Zentrale, und die Druckinstrumentenindustrie, die im Vogtlande hervorragend vertreten ist.

Die sächsische Regierung und die sächsischen Wirtschaftskreise wünschen vor allem, die Außenhandelsstellen möglichst so schnell wie möglich arbeiten, um so jede unnötige Verzögerung bei der Errichtung von Ausschuss-Bevollmächtigungen zu vermeiden. Weiter wird gefordert, in dem in jeder Außenhandelsstelle zu bildenden Außenhandelsausschüssen den sächsischen Interessentenkreisen eine ausreichende Vertretung zu schaffen. Wert gelegt wird ferner darauf, daß an den Sitzungen des beim Reichswirtschaftsministerium gebildeten Wirtschaftsrates Vertreter der Länder teilzunehmen berechtigt sind. Die sächsische Regierung ist sich übrigens mit allen beteiligten Kreisen darüber klar, daß alle Maßnahmen gegen die Verschleuderung deutscher Erzeugnisse nur dann Erfolg versprechend sind, wenn es gelingt, das immer noch offene Loch im Becken endlich zu verstopfen.

Bauhall und Wirtschaft.

Nährmittelverteilung in der Amtsh. Dresden-Kustadt.
 Von den Nährmittelkarten werden folgende befreit: Abschnitt A der gelben Karte A mit dreiviertel Pfund Orzech, der roten Karte B mit einem halben Pfund Haserfabrikaten oder Graupen und drei Suppenwürfeln (Knorr, Maggi u. dergl.), der grünen Karte C mit einem viertel Pfund Teigwaren und einem viertel Pfund Orzech, der blauen Karte D mit einem halben Pfund Zwieback. Zu-melbung spätestens bis zum 30. Dezember.

Ernennungen und Beförderungen. Landgerichtsdirektor Herold in Jwidau wird am 1. Januar an das Landgericht in Chemnitz in gleicher Eigenschaft versetzt. An seiner Stelle ist Landgerichtsrat Oberjustizrat Dr. Schmöger in Jwidau vom 1. Januar an zum Landgerichtsdirektor beim Landgericht Jwidau ernannt worden. Ferner wurde Landgerichtsrat Dr. Bachmann in Jwidau, ab 1. Januar an das Landgericht Dresden versetzt und gleichzeitig als Hilfsrichter an das Oberlandesgericht abgeordnet. Amtsgerichtsrat Dr. Laue in Waldenburg ist für die Zeit ab 1. April n. Jahres zum Landgerichtsrat beim Landgericht Jwidau ernannt worden. — Dem Vorstand des Gewerbe-Aufsichtsamts Jwidau, Gewerbeberater Walter Kalkoff, ist vom Reichswirtschaftsministerium die Dienstbezeichnung Obergewerbeberater, dem Vorstande des Gewerbe-Aufsichtsamts Freiberg, Gewerbeamti-

stlichen und sozialen Umwälzung erwachsenen Problemen klar und feine Stellung zu nehmen, wäre gewiß eine lödende und lobnende Aufgabe für einen frisch zugreifenden Bühnenschriftsteller gewesen. Leider geht Hartwig andere Wege. Wohl beidwärtig er mit tragischer Gewand alle möglichen Konflikte betraut, schneidet eine Menge der ernsthaften und aktuellsten Probleme an, aber nur, um schließlich noch Schwankmanier mit Wädeln und Wädeln über sie hinwegzutanzeln. Sicherlich ergeben sich hieraus Kontrastwirkungen, die einem unfröhlich stimmigen Publikum Wohlgefallen und Befriedigung gewähren mögen und auch in der Tat vorzuziehen bei einem Teile des Zuschauerkreises diese ihre Schuldigkeit taten. Für solche billige Theatereffekte, für solche oberflächliche, mit beweglichem Dandogelent erzielte Schaumstrahlereien sollte sich aber Hartwig für zu gut halten. Er kann Besseres und Gediegeneres. Aus der Familienkomödie wird unter seinen Fingern eine Familienbildungsgeschichte mit den obligaten Verlobungen, und das Feuer im Haus verflucht bei einem beglücklichen Schwanke des veranlagten sich beherrschenden geheimräthlichen Ehepaares. Auch das unter Gottfried Kalkenhausen's Spielleitung recht gewällig abgeklimmte Zusammenwirken der Hauptdarsteller (Albert Hill, Meta Wanner, Hans Casert, Wilhelm Klam, Gertha Engemmer, Ein Dorff und Anne Schönfeld) vermochte nicht den Eindruck zu verwickeln, daß dieses Feuer im Haus nicht gerade von einem göttlichen Funken entzündet, sondern vielmehr mit salopper Hand zu recht unheil hin und her flackernden Klammern geistert worden sei, die weder klärendes Licht, noch wühlende Wärme zu verbreiten imstande sind. Nichtsdenkender war das Feiertagspublikum Hartwig's Familienkomödie freundlich auf und tief ihren Schöpfer wiederholt auf die Bühne.

† **Annahmehaltung Richter.** Der „Sturm-Abend“ von Rudolf Blücher, Berlin, wird verschoben.
 † **Fritz Kreisler,** der bekannte Geigenpieler, der jetzt in Amerika auftritt, hat als Weihnachtsgabe 10.000 Mk. nach München gelangen lassen. Der Betrag soll zur Unterstützung armer Musiker verwendet werden.
 † **Das erste niederdeutsche Musikfest** nach dem Kriege soll am Pfingsten inachen unter der Leitung des früheren holländischen Musikdirektors Schewerdt (lebt in Bräunchen) stattfinden.

Leutnant in Mädchenkleidern hatte Lette Koch ihr einnehmendes Wesen einzulassen, die lächeln Lada wurde von Johanna Schubert, die noch längerer Krankheitsfreundlichkeit bekräftigt wieder auftrat, vornehm und tonlos geäußert. Karl brachte den alten Daudegen mit großblättrigem Dummor zur Weltung, Jaktorff machte mit weltmännlicher Raffinesse als Kriegsberichterstatter dem Journalistenhände alle Ehre. Zufällig als modern reformierter Pöckel, Hellwig als veraltete Unteroffiziersstape traten unter den Episoden besonders hervor. So bereitete das typische Kulturbildchen aus dem gemütlichen russisch-türkischen Krieg unter Witte's bewährter Spielleitung dem ausverkauften Haus, dem, wie an anderer Stelle zu lesen, eine schwere Enttäuschung gerade noch erspart blieb, viel Spaß. Wieder eine sehr hübsche Leistung des freitrag aufwartstrebenden Theaters! E. S.
 † **Albert-Theater.** Eine Familienkomödie aus der Gegenwart nennt Paul Hermann Partia sein neues dreitägiges Stück „Neuer im Haus“, dessen Uraufführung den Göttern des Albert-Theaters am 1. Feiertag als Weihnachtsgabe bekräftigt wurde. Hinter der harmlosen Familienangelegenheit einer kleinen Palastrevolution im Hause des Weheimrats K. lauern aber die brennendsten Tagesfragen der Gegenwart, unter der Mäde des wildflackernden Feuers im Haus sprühen die Funken der ernstesten sozialen Probleme. Die drei Kinder des von Strebertum und Standesdünkel erfüllten Weheimrats liegen dem Vater fremd gegenüber; sie leben in einer anderen Welt und geben ihre eigenen Wege. Der Ausbruch der Novemberrevolution, der die von Nützensucht getragene geheimräthliche Verwickeltheit fast ins Wanken bringt, löst das zuvor heimlich atmende Feuer im Haus zu hellen Flammen aus; außerdem: der älteste Sohn, soeben als Leutnant aus dem Felde heimgekehrt, will mit dem Weibchen einer ebensov verführerischen wie kapitalträchtigen Gräfin eine — Schauerwerkstatt für individuelle Fußbekleidung eröffnen; der zweite Sohn, nach des Vaters Willen zum Großkaufmann ausersehen, sucht sich als kompromittierender Ruffiskus seine Zukunft aufzubauen, und die Tochter erklärt, sich als soziale Fortschrittlerin der Rettung gefallener Mädchen widmen zu wollen. Die sich aus solchen Gegenständen der Lebensentwürfungen ergebenden Konflikte zwischen Vater und Kindern mit ernsten Mitteln zu klären und zu den auf dem Boden der un-

Dresdener Nachrichten Seite 2 Sonnabend, 27. Dezember 1919 Nr. 357

Kirchennachrichten

für Sonntag nach Weihnachten 1919.

A. Evangelisch-lutherische Landeskirche.

Texte: Rom. 1. Kap. 1, 1-16; 1. Kor. 1, 1-7. ... St. Nikolai, 10 Uhr. ... St. Marien, 10 Uhr.

10 Uhr. ... St. Nikolai, 10 Uhr. ... St. Marien, 10 Uhr. ... St. Nikolai, 10 Uhr.

10 Uhr. ... St. Nikolai, 10 Uhr. ... St. Marien, 10 Uhr. ... St. Nikolai, 10 Uhr.

Zahn-Ersatz ... Karl Güpzel's Zahn-Praxis ... Wettinerstraße 21, II.

Goldene Krone, Gledler. ... Feiner Ball. ... Ballfale Königshof.

Wintersport ... Stihölzer / Sui-feldbindungen / Sti-Mühen / Skispanner / Skiwachs / Skistiefel / Windjacken / Skihandschuhe ... Renner Dresden Altmarkt

Einladung zu einer Deutschvölkischen Weihnachtsfeier am Montag, den 29. Dezember 1919, abends 8 Uhr.

Tivoli-Palast. Heute zum 3. Feiertag vornehmer öffentlicher Gesellschafts-Ball. Anfang 8 Uhr.

Waldschlösschen-Terrasse. Heute 3. Feiertag Großer Ballbetrieb. Anfang 8 Uhr.

Kaffee Blesch. Täglich nachmittags zwischen 5 und 6 Uhr für die liebe Kinderwelt besondere Auf-führung des großen Tongemäldes.

Gasthof Wölfnitz. Ein Ballfest im Biedermeiergarten. Vorname, fehm: merke Dekoration.

Rote Mühle im Schnee. II. u. III. Feiertag Weihnachtsfestball PrachtdEKoration.

Weitere Einschränkung des Verbrauchs von Gas und elektrischem Strom.

Verkaufe sofort: Wachhund, Berdin, Leonhard, Detektiv Mausch, Welt-Auskunftei.

Kaffeeheld. 15 Wilsdruffer Straße 15. HEINZ WERNER. Flögel-Humorist.

Sonntag und Montag BALL Feensaal Deutsche Reichskrone.

Mitglieder-Versammlung des Allgemeinen Hausbesitzer-Vereins am Sonntag den 28. Dezember.

Bekanntmachung des Reichsschatzministeriums. Die Munitionsfabrik Dresden, Pulverfabrik Gnashwitz.

Opernhaus. 5. Vorstellung: Die Schöne Helena. Schauspielhaus. 2. Vorstellung: Die Schöne Helena.

Erstklassiges Hudecek-Konzert. Königshof-Theater. „Kommt ein schlanker Bursch gegangen“.

Allgemeiner Hausbesitzer-Verein. C. Schulze-Dierke.

Deutsche Grundcredit-Bank, Gotha. Die am 2. Januar 1920 fälligen Zinscheine unserer 2. und 4. igen Hypothekendarlehen werden nach Maßgabe der jeweiligen Bestimmungen.

Albert-Theater. Die lieben Raben. 3. Vorstellung: Die lieben Raben.

Tymians Thalia-Theater. Nur noch wenige Tage der herrliche Weihnachtsspielplan.

D. H. V. Weiblich-leitender Sächs. Fecht-schule.

Amerikanische Journale für die neuzeitliche Buchführung. Anfertigung nach Vorschrift in bekannt guter Ausführung.

Central-Theater. Die Puppe. 3. Vorstellung: Die Puppe.

N. K. Diele in Neumanns Konzerthaus. 8 Wein- und Bier-Cabaret. 8 Nur Gohörsorgasse.

D. K. H. Kairozoarahn.cn, 138/39, 139/40 bill. abzugeben.

M. & R. Zocher. Geschäftsbücherei. Anfertigung nach Vorschrift in bekannt guter Ausführung.

Viktoria-Theater. 11 Fregolia!! 11. Vorstellung: 11 Fregolia!!

Mosel-Terrasse. Draußiger Platz, gute Tanzplaz, n. Klingstraße. Zimmer in größ. u. kl. Abteilungen.

Karlsruhe. 138/39, 139/40 bill. abzugeben.

Altes Zinn, Kupfer, Messing, Blei, Stanniol, Schokoladen-papier, Quecksilber.

Tymians Thalia-Theater. 7. Vorstellung: Die Puppe.